



Ausgabe September 2021

Schon damals,
als die **AfD**
noch **NSDAP** hieß,
war sie keine Alter-
native, sondern eine
Katastrophe für
Deutschland.



AfD - ANHÄNGER:

**Wo stinkende Brühe
draufsteht,
ist auch stinkende Brühe drin!**

Länger arbeiten? Wieso eigentlich?

Wir müssen das Renteneintritts-Alter dringend wieder auf 65 Jahre senken. Allerdings sollte man das so flexibel gestalten, dass in Berufen, wo das möglich ist, ein späteres Eintrittsalter möglich ist, sofern der Beschäftigte das will und kann.

Somit ist ausgeschlossen, dass Unternehmen, einen Mitarbeiter zwingen können, länger zu arbeiten.

Die Begründung von Seiten der Politik, unter dem massiven Druck der Lobbyisten der Arbeitgeberverbände, war ja, dass die Überalterung unserer Gesellschaft zukünftig einen erheblichen Mangel an Arbeitskräften mit sich bringen würde.

Das allerdings ist nicht stichhaltig.

Aufgrund des zurzeit bei uns herrschenden Produktivitätsfortschrittes durch die Digitalisierung gehen uns Jahr für Jahr ca. 2% unserer Arbeitsplätze in der Produktion und Verwaltung verloren. Das bedeutet, dass innerhalb von nur 10 Jahren ca. 19% aller Arbeitsplätze in Produktionsbetrieben durch IT-Technik vernichtet werden.

Folgt man den Ökonomen, die sich schon seit mehr als 30 Jahren mit der Zukunft der Arbeit beschäftigen, wird sich allein in dem Bereich der Produktion von Gütern in nur

50 Jahren die Zahl der Arbeitsplätze auf ca 25% des heutigen Standes verringern. Die gleichzeitige Abnahme der Zahl der Arbeitskräfte durch eine sich verringemde Bevölkerung wird durch die rapide Abnahme der Arbeitsplätze neutralisiert. Das heißt, die Geschwindigkeit der Abnahme der Arbeitsplätze ist größer als der Verlust von Arbeitskräften.



Sollte dennoch in einzelnen Sparten ein Mangel an Arbeitskräften entstehen, können Arbeitgeber durch entsprechende Löhne Anreize zum Weiterarbeiten schaffen. Das längere Arbeiten sollte durch den Staat auch unterstützt werden, indem pro Jahr des längeren Arbeitens die Rente sich um 3 % erhöht.

-Alexis-

Hartz4 von Anfang an ein Auslaufmodell

Wer wissen will, wie man mit einigen wenigen, dafür aber wesentlich schärferen Eingriffen eine Gesellschaft spalten kann, indem man den Sozialstaat zerstört, der kann sich das Beispiel von Gerhard Schröders Hartz4 Gesetz zu Gemüte führen.

Geld unterhalb der Armutsgrenze, Einführung eines Geringverdienersektors, der Zwang für jeden Hilfeempfänger jede Arbeit und sei sie noch so schlecht bezahlt annehmen zu müssen, damals noch kein Mindestlohn.

Das hat zu schlimmen Verwerfungen innerhalb der Gesellschaft geführt. Nicht nur wenig qualifizierte Hartz4 Empfänger, sondern auch Menschen mit Handwerks- oder akademischen Ausbildungen sind davon betroffen.

Da stimmt was nicht, müsste ein sozialer Politiker denken und müsste dann auf folgendes Konzept aufmerksam werden:

Das Bürgergeld

und das sieht so aus:

nach Eintritt der Arbeitslosigkeit erhält der Arbeitslose drei Jahre lang Arbeitslosengeld in Höhe von 60% des letzten durchschnittlichen jährlichen Nettolohnes, danach kommt das Bürgergeld in Höhe von 600 € mtl.

Während der Zahlung des Bürgergeldes kommt es in den ersten zwei Jahren zu keinen Sanktionen, wenn ein Arbeitsloser einen Job nicht annimmt.

Außerdem soll es in dieser Zweijahresfrist keine Anrechnung von Vermögen geben und auch keinen Zwangsumzug wegen einer zu großen Wohnung.

Diese Fristen können auch noch nach Alter gestaffelt werden. Wer Älter als 55 Jahre ist, bekommt eine längeren Bezug von Arbeitslosengeld.

Alle Kinder in Familien mit Arbeitslosengeld oder Bürgergeld bekommen eine Kindergrundsicherung von 600 €, die nicht auf das Bürgergeld der Eltern angerechnet werden darf.

In der ganzen Zeit des Bezugs von Arbeitslosengeld und Bürgergeld wird der Rentenanteil des zuletzt gezahlten Arbeitslohnes von der Arbeitsagentur in die Rentenkasse eingezahlt. Damit soll eine eventuelle Altersarmut durch Arbeitslosigkeit vermieden werden. Diese Maßnahmen müssen unterstützt werden, indem der Mindestlohn auf 14 € pro Stunde angehoben wird. Gleichzeitig sorgen staatliche Wohnungsbauunternehmen für den verstärkten Bau von preiswerten Wohnungen, die jedem Bürger offen stehen. -Müller-Charoussek-

**Der Hetzer erfindet
das Gerücht,
der Dumme erzählt
es allen.
Der Vollidiot glaubt es!**



Warum die CDU bei der nächsten Wahl in der Regierung *nichts* zu suchen hat



fast ein Organversagen der Demokratie

Es wäre jetzt zu einfach, das organisierte Versagen der CDU in den wichtigen sozialen und umwelttechnischen Bereichen nur an ihrem Kandidaten festzumachen.

Jahrzehnteklang war die CDU die von ihr selbst erfundene Instanz der Bewahrung des Status Quo.

Nichts durfte sich ändern, wollte man der CDU Glauben schenken, was das fortdauernd praktizierte System des sozialen Ungleichgewichts anging. Es musste alles so bleiben, wie es war.

Diese Partei führte unter Kohl das neoliberale Wirtschaften einer Maggi Thatcher auch in Deutschland ein und begann damit, die Grundlage für die unter der Handlungerschaft Gerhard Schröders endgültig vollendete Demontage des Sozialstaates in Deutschland zu legen.

Alles lief und lief, bis die Finanzkrise der Jahre 2008/9 voll zuschlug und wie ein Menetekel an der Wand die kommenden Krisen der Weltwirtschaft ankündigte. Zu allem Überfluss spielte das weltweite Klima auch nicht mehr mit und machte den Casinokapitalismusgläubigen einen dicken Strich durch die Rechnung, weil es diesen Jüngern des ungezügelt Plünderens unseres Planeten deutlich zu machen versuchte, dass das seit den beginnenden 2000er Jahren prognostizierte Ende unseres Wachstums gekommen sei.

Die seit mehreren Jahren steigenden Kosten für die Folgeschäden des Klimawandels summierten sich auf bisher aufgelaufene 35 Milliarden. Zusätzlich zu den bis 2030 prognostizierten Folgekosten in Höhe von gesamt 165 Milliarden € kommen jetzt noch die 30 Milliarden für die Flutschäden in NRW und Rheinland-Pfalz dazu.

Und die Antwort der CDU auf drängende Fragen der Menschen, was sie denn gegen die sich abzeichnende Klimaveränderung unternehmen wolle, ist von großer Unkenntnis der realen Verhältnisse und der daraus resultierenden Vorbeugemaßnahmen zur Rettung unseres Klimas geprägt.

Um das 1,5 Grad Ziel zu erreichen, müsste Deutschland bis 2030 die wichtigsten Bereiche, wie die CO2-Reduzierung im Verkehr, in der Energie und in der Landwirtschaft, erreichen. Doch was tut die CDU? Nichts!

Sie klammert sich sklavisch an das von ihr vorgegebene Ziel 2045. Sie kapiert nicht, oder besser gesagt, sie will als Handlanger der Wirtschaft nicht kapierten, dass die Zeit der absoluten Rücksichtnahme auf ökonomische Belange zu Ungunsten des Klimas endgültig vorbei ist.

Die CDU ist unfähig und unwillig, sich auf die neuen sozial-ökologischen Faktoren

einzustellen.

Obwohl die Autoindustrie händeringend nach Vorgaben aus der Politik sucht, um sich endlich auf die Elektromobilität einzulassen, kommt von der CDU nur das Schweigen der Lämmer.

Fragen nach einer Ausweitung des Ausbaus der Windenergie werden von der Union durch Gesetze beantwortet, die den weiteren Ausbau von Windrädern fast zum Erliegen gebracht haben. Die Festlegung des 1000-Meter-Abstands eines Windrades von der nächsten Wohnbebauung ist so ein Hindernis. Die Folge davon ist, dass das ehemals bei der Windenergie führende Deutschland seinen ersten Rang verloren hat und in diesem Bereich von China mittlerweile übertroffen wird. Die Folge ist der Verlust von mehr als 100000 Arbeitsplätzen allein bei den Windräder-Herstellern in unserem Land.

Und das, obwohl sich die CDU so um die Wirtschaft kümmert.

Dafür kümmert sich die Union aber schon darum, dass unser Klima durch den Braunkohleabbau und deren Verfeuerung noch schneller in den Ruin getrieben wird.

Anstatt dafür zu sorgen, dass jeder Neubau in Deutschland eine Photovoltaikanlage verpflichtend aufs Dach setzen muss, wurde das Gesetz in der Groko nicht verabschie-

Eins müssen wir uns merken:

Wenn die Maßnahmen im Merz immer noch zu Laschet sind, können wir uns den Rest auch Spahn!

det. Der ÖPNV wird von der CDU nur mit mäßigem Einsatz finanziell gefördert. Es sind jährlich ca. zehn Milliarden € an Investitionen bis 2030 notwendig, um den ÖPNV zukunftsfähig zu machen und Teile des Kraftfahrverkehrs von der Straße weg auf die Schiene zu verlagern.

Statt dessen investiert die Bundesrepublik bis 2023 nur 1,3 Milliarden in den ÖPNV. Und die SPD erweist sich mal wieder als Helfershelfer eines solchen Schwachsinn. Der hinhaltende Widerstand der CDU gegen eine Mindestrente für alle und das Ersetzen von Hartz4 durch ein menschenwürdiges soziales Absicherungssystem fördert ganz im Sinne der CDU ein Weiter so und damit ein Anwachsen der Kluft zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft. Mitverantwortlich dafür die CDU.



Korruption - die hässliche Fratze des Kapitalismus

Schluss mit lustig

5,7 Millionen Menschen arbeiten in Deutschland in Heil und Pflegeberufen. Nicht erst seit 2020 ist ihre Arbeit schwer. Personell sind sie unterbesetzt. Als dann das Coronazeitalter anbrach, verschärfte sich die Situation noch.

Das Ergebnis war zu erwarten: arbeiten bis zur physischen Erschöpfung.

Diese Situation verschärfte sich noch, als aufgrund der Arbeitsbelastung die Zahl derjenigen Pflegekräfte, die ihre Grenzen überschritten sahen, zunahm und sie ihre Jobs kündigten.

Es brauchte zurzeit 50000 Stellen mehr und auch ein mehr an Interessierte für diese Tätigkeit, wenn die Belastung erträglicher werden soll.

Außerdem sollte man wissen, dass das Beifallklatschen, wie im vergangenen Jahr, nicht ausreicht, um die Arbeitskräfte bei Laune zu halten. Mehr Gehalt muss her und zwar pronto. Neuer Kräfte kann man zurzeit kaum bekommen, examinierte Fachkräfte fehlen. Die Ausbildungs-Institute verzeichnen rückläufige Bewerberzahlen. Die Beispiele aus dem realen Leben einer Pflege-

kraft oder Krankenschwester wirken abschreckend.

Angesichts der Tatsache, dass es 3 Jahre dauert, bis eine Fachkraft ihre Ausbildung abgeschlossen hat, ist es Zeit, mit dem Verschleppen der Problemlösung aufzuhören und endlich der Realität ins Auge zu schauen.

Ausgenommen des ärztlichen Fachpersonals sollte es für private und öffentliche Unternehmen den gleichen Tarifvertrag geben.

Das bedeutet: Grundgehalt einer Pflegehilfskraft netto 2300 €, einer Pflegefachkraft

3500 € netto, Zuschläge für Nachtarbeit 30%, für Wochenenddienste 50%. Mehrkosten ca. 6,5 Milliarden €. Angesichts der Coronakosten von zurzeit 389 Milliarden € und der Wiederaufbauhilfe von ca. 30 Milliarden € für die Flutopfer ist das geradezu eine Kleinigkeit.

Wenn man bedenkt, dass Jahr für Jahr im deutschen Gesundheitssystem ca 370 Milliarden € schon jetzt verbraten werden, müsste es uns eine Selbstverständlichkeit sein, für eine bessere Lage im Heil- und Pflegedienst zu sorgen. Ein Personal, das zufrieden ist, ist für uns alle ein Gewinn. Die Kassenärztlichen Vereinigungen sind in Deutschland die Verweigerer einer praktikablen Gesundheitsreform. Von der Seite der Politik fehlt es an Personen, die genug Rückgrat haben, daran was zu verändern. Warten wir noch bis das Chaos noch größer wird? Eigentlich nein, aber wer hat den Mut, da heranzugehen? CDU und FDP fallen mir da nicht als Problemlöser sofort ein.



Globalisierung geht auch richtig

1 attac-coe
www.attac-coe.de

Wirtschaft sozial und ökologisch umbauen

Impressum:

V.i.S.d.P. **Joachim F. Gogoll**

Herausgeber Oton für Attac-COE.

Büro: Am Bagno 27

48301 Nottuln

Mail: jfgogoll@aol.com

Mobil: 0175-9505101



Wer hat Interesse, bei uns mitzumachen?

**Wir bieten:
viel Arbeit
kein Geld
viele Informationen
manchmal Stress**

**Wir bekommen:
von der Politik
manchmal Skepsis
von den Bürgern
manchmal Anerkennung**

Wer sich für Globalisierungskritik interessiert, wer davon überzeugt ist, dass da einiges im Argen liegt, wer einfach mal reinriechen möchte, der meldet sich einfach.

Entweder per Telefon unter 0175 950 51 01

oder per Mail unter: [jfgogoll\(at\)aol.com](mailto:jfgogoll(at)aol.com)

Wir beißen nicht!